

Berliner

Volk-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Freitag, 10. Oktober 1919mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzeblatt UBL

Erscheinet täglich zweimal, Sonntags nur morgens. Abonnementpreis in Groß-Berlin und vielen Orten der Provinzen inslandburg, Pommern, Sachsen u. Anhalt 50 Pf. wöchentl., M. 2,20 monatlich. In Preußen 50 Pf. monatlich. Abonnementpreis bei Postbeamten: M. 2,20 u. vierzig, M. 0,75. Bei den Beamten der Reichs- und Landesversicherungsanstalten: M. 2,20 u. vierzig, M. 0,75. Bei den Beamten des Reichs- und Landes-Verwaltungsdienstes: M. 2,20 u. vierzig, M. 0,75. Bei den Beamten der Reichs- und Landes-Verwaltungsdienstes: M. 2,20 u. vierzig, M. 0,75. Bei den Beamten der Reichs- und Landes-Verwaltungsdienstes: M. 2,20 u. vierzig, M. 0,75. Bei den Beamten der Reichs- und Landes-Verwaltungsdienstes: M. 2,20 u. vierzig, M. 0,75.

Redaktionsbüro: Berlin, Hauptr. 20. Herausgeber: Dr. Otto Nuschke. Chefredakteur: Otto Nuschke.

Die Gewerkschaftskommission in der Streitleitung.

Zustimmung zum Vermittlungsvorschlag des Arbeitsministers.

Im Metallarbeiterstreit ist gestern eine Wendung eingetreten. In der bereits angekündigten Sitzung der Gewerkschaftskommission wurde beschlossen, daß die Gewerkschaftskommission von jetzt ab mit der bisherigen Streitleitung die Führung des Streites übernimmt. Die Gewerkschaftskommission erläutert in dem Streit der Metallarbeiter einen Abwehrstreit. Sie jedoch die einzelnen Gewerkschaften zur Beteiligung an dem Streit aufgefordert werden, will dem bereits mitgeteilten Vermittlungsvorschlag des Reichsarbeitsministers Schluß nähergebracht werden. Die Kommissionen der neuen Streitleitung sind bereit, in Verhandlungen einzutreten, und erwarten den Minister, falls auch die Unternehmer zu Verhandlungen bereit sind, den Termin dieser Verhandlungen festzulegen. Die Gewerkschaftskommission hat in ihrer gestrigen Sitzung folgende Resolution angenommen:

Die Gewerkschaftskommission Berlin und Umgebung nimmt die Führung des Streites der Berliner Metallarbeiter und erlässt nach vorläufiger Prüfung der Streitfrage, daß den Metallarbeitern von einem übermäßigen Interessenstreit ausgeprägtem Abwehrstreit von allen Gewerkschaften unterstellt werden muß. Sie ruft alle Gewerkschaften auf, sofort zum Streit der Metallarbeiter Stellung zu nehmen und gegebenenfalls den Metallarbeiter mit allen Mitteln auf Seite zu stehen. Sie erläutert in dem Verhalten des Unternehmers den Vertrag, die Arbeiterschaft wirtschaftlich zugunsten zu richten und ihre Organisationen zu unterstützen. Das wird und wird verhindert werden.

Die Gewerkschaftskommission erhebt auch den schriftlichen Protest gegen die Maßnahmen des Oberkommandos, die zur Verhinderung von Gewerkschaftssitzungen eingesetzt worden sind. Sie erläutert darin eine einseitige Parteinahme des Unternehmers, die geeignet ist, neuen Anstoß in die erregte Arbeiterschaft zu tragen. Sie erwartet von den Betriebsräten die Bewahrung der vollen Versammlungsfreiheit für alle Gewerkschaften und weiter die Zusammensetzung aller Truppen der Reichswehr aus den bestreiten Betrieben.

Die Gewerkschaftskommission beauftragt den Ausschuß der Gewerkschaftskommission, die in den Sitzungen der Fünfzehnerkommission teilzunehmen und ermöglicht durch Maßnahmen, des weiteren werden alle Gewerkschaften verpflichtet, sofort Funktionsversammlungen einzuberufen, in denen ein Mitglied der Fünfzehnerkommission Bericht über den Stand des Streits und seine Bedeutung für alle Gewerkschaften zu stellen.

Entsprechend den durch die Resolution festgelegten Beschlüssen ist die Fünfzehnerkommission (Streitleitung) durch die Mitglieder der Berliner Gewerkschaftskommission verstärkt worden.

Die Führung des Kampfes liegt nun gemeinschaftlich in den Händen der Fünfzehnerkommission und der Berliner Gewerkschaftskommission. Alle Beschlüsse und Maßnahmen werden gemeinschaftlich gefestigt. Diese Kommissionen

haben dann in der Sitzung auf den Verhandlungsvorschlag des Herrn Arbeitsministers folgende Antwort gegeben:

Herr Arbeitsminister Schlie, Berlin NW.
Vilnusstraße 32-34.

Auf Ihr werdet Söhren von v. d. M. Ms. und den darin enthaltenen, von Ihnen gemachten Vorstellung haben, daß Generalversammlung der Fünfzehnerkommission, den Metallarbeiter und der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgebung die Bevölkerung überlassen hat, diese Gewerkschaften das Stellung annehmen und geben noch reiflicher Prüfung folgende Antwort:

Wir sind bereit, in Verhandlungen einzutreten und erwarten, falls die Gemeinschaft der Unternehmer vorhanden ist, uns den Termin dieser Verhandlung bekannt zu geben. Die Fünfzehnerkommission.

Die Gewerkschaftskommission Berlin und Umgebung.

Es ist zu erwarten, daß sich auch der Verband der Metallindustrie zu Verhandlungen auf dem Boden des Vermittlungsvorschages des Ministers bereit erklären wird, und daß diese Verhandlungen zum sozialen Frieden führen.

*

Der Deutsche Metallarbeiterverband teilt mit: „13 weitere Firmen sind in den Streit getreten. Die Zahl der Streitenden und Ausgesperrten ist sich um 100 erhöht. Den Güternachschub Meier in Tempelhof sind Soldaten zum Entladen der Güterbahnhöfe in Angen behörderliches zur Verfügung gestellt worden. Die Streitleitung, die beschlossen hat, dem Ott. Siemens stadt die elektrische Kraft zu liefern, hat genötigt, ihren Betrieb zu ändern, da die Siemenswerke den Betrieb für die drückende Bedrohung zur Verfügung gestellt. Siemens berichtet, daß seine Werkstätte laufen zu lassen, unterbleibt die Bewahrung des Stromes, um Zwecke der Streikarbeit durch Siemenswerke, so ist die Fünfzehnerkommission bereit, den Betrieb wieder aufzunehmen.“

*

Zu der Mitteilung der Direktion der Allgemeine Gesellschaft Siemens u. Hälfe über Rüstungsziele gegen Angestellte im Glühlampenwerk Charlottenburg erfuhr der Angestelltenausschuß als Vertretung der Angestellten und Arbeitnehmenden folgender Erwiderung: Eine Misshandlung von Angestellten des Glühlampenwerkes seitens der Streitenden hat am gestrigen Tage nicht stattgefunden. Der Angestelltenausschuß ist im Besitz einer freiwilligen Erklärung der angeblichen Misshandlungen, die besagt, daß ein Jener an den Haaren nicht starrenfunden hat, daß sie auch anfangs der Vorstand nicht bewußtlos geworden ist, noch einen Revolver erhielt.

Dortmund, 9. Oktober.

Der drohende Streit in der hiesigen Metallindustrie ist abgewendet worden. Durch Abstimmung erklärten sich die Arbeitnehmer mit den Zugeständnissen der Betriebsleiter einverstanden. Dadurch sind die eingerückten Kundgebungen hinfallig und die über die Dortmunder Bezirke verhängte Sperrung ist aufgehoben worden.

Die Rückkehr aus Frankreich.

Beginn der Abfahrt Ende Oktober.

Genf, 9. Oktober.

Das Note Kreuz teilt mit, daß die allgemeinen deutschen Kriegsgefangentransporte aus Frankreich nach Mitteilung der französischen Regierung zwischen dem 27. Oktober und dem 2. November beginnen sollen. Es seien 432 000 deutsche Kriegsgefangene aus Frankreich heimgekehrt.

Die neue Note Hochs.

Basel, 9. Oktober.

„Deutsche“ sagt, daß die Note, die Marshall Foch, infolge der deutscher Bevölkerung bezüglich der baltischen Provinzen, an die deutsche Regierung zu richten gedient, klar und bestimmt sein wird, und die sofortige Durchführung der Zwangsmaßnahmen unumstößlich wird, die die Alliierten in der vorhergegangenen Note angedroht haben.

Milan, 8. Oktober. (B. T. B.)

Oberst Malow-Bermonti hat heute dem hiesigen Befehlshaber der Entente eine Note übergeben, in der es u. a. heißt: Ich habe als Chef der russischen Armee der westlichen Provinzen, um die Russen zu befriedigen und die Ordnung und Sicherheit meiner Missionen wiederherzustellen, mit dem Führer der deutschen Truppen, die das Land besetzt halten, ein Abkommen schließen müssen, nach welchem ich den allmählichen Rückzug dieser Truppen und die Sicherheit ihres Transports nach Deutschland garantieren habe, um mit zusammenzuhelfen, die durch meine Truppen befreiten Provinzen aufzubauen.

„Die demokratische Jugend“ ist die erste Nummer der „Demokratische Jugend“, das Organ des Reichsbundes der

deutsch-demokratischen Jugendvereine. Es fehlen erschienen. Sie enthält außer anderem einen Beitrag von Staatsminister a. D. Dr. Reuth über „Junge Demokratie“. Einige Sätze, die als französisches Gesetz gesehen, schreibt über „Die demokratische Jugend“: Adèle Friedländer fordert „Mehr Demokratie“. Die demokratische Jugend, die zweimal im Monat herauskommt, kostet 2 Mark vierteljährlich. Bestellungen nimmt jedes Postamt entgegen, ebenso der Verlag „Die demokratische Jugend“, Berlin W 57, Bülowstraße 61.

Krieg in Moskau?

Angebliche Erhebung der Sozialrevolutionäre.

Rotterdam, 9. Oktober.

Einem Telegramm aus Revel zufolge haben hier die Sozialrevolutionäre gegen die Bolschewisten in Moskau erhoben.

Amsterdam, 9. Oktober.

Das Pressebüro Radio meldet, daß amtlich mitgeteilt wird, in Sowjet-Rußland infolge der Abreise gegen die bolschewistische Herrschaft Unruhen vorgekommen sind. Eine Sonnenzeitung in Moskau am 25. September wurden durch Bombenanschläge 18 Bolschewiken tödlich. Die Bolschewisten machen ungemeine Anstrengungen, um die Bauern zu beruhigen, und sind mit den Gewerkschaften in Arbeitersachen hart aneinander gekommen. Sie müssen schließlich zugeben, daß die Gewerkschaften als ein wichtiger Faktor anerkannt werden.

Der Winter droht. Nachrichten aus dem Schwarzwald machen, daß dort der erste Schnee gefallen ist.

„Liebe Gott“ nicht. Vertriebene Männer werden: Ein großer Bruder, der das Kronenkreuz trug, sieht sich als Vaterland und ihre Menschen einen österreichischen Grafen Kronenkreuz an, dann der Gesetzgebungsrecht der französischen Nationalversammlung, fanden 10 Centimes, während die Kronenkreuze in der Schweiz für 75 Centimes zu haben sind.

Neuer Bürgerkrieg in Südwürttemberg und Südbaden. Times meldet aus Ulm, daß der Bürgerkrieg zwischen Württemberg und Südbaden von neuem entbrannt ist.

Die große Aussprache.

Doktor Rückzug. — Die ausgebliebenen Entschuldigungen. — Eine

Rede des Außenministers. — Richthofen gegen Traub.

Die Nationalversammlung hat gestern die allgemeine Aussprache über Konkordat fortgesetzt, obwohl das Gehalt des Reichstagsberichts bereits berücksichtigt ist. Die Rede des unabhängigen Sprechers, die in der Freizeit die rote Metamorphose geführt worden war, brachte eine Enttäuschung. Für den verletzten Herrn Haase sprach Dr. Gohn. Es stellte sich heraus, daß der berühmte Morgan-Vertrag mit der weltlichen Regierung mehr ein schlechter Vertrag ist. Er ist abgeschlossen worden zwischen einem unabhängigen Staat und den Abenteuren, die sich als westküstische Regierung ausgeben. Daß man es bei ihnen nicht mit ernsthaften Menschen zu tun hat, beweist wohl am besten die Tatfrage, zu tun hat, die den Stahl der Unabhängigen Sozialdemokratie offenbar für einen willkürlichen Vertreter Morgan gehalten haben. Es war von Herrn Dr. Gohn mehr als noth, daß er verfügte, mit dieser unerträglichen Angelegenheit auch noch den von Berlin abwehrenden Dr. Solf in Verbindung zu bringen. Mit den Entschuldigungen war es nicht. Aber es ist natürlich gleichwohl notwendig, daß die Regierung ein wahnsinniges Auge auf die Freiberger fremder Abenteurer in Berlin hat, das gilt für die zaristischen wie für die bolschewistischen. Gegen die letzteren hat aber offensichtlich Herr Dr. Gohn nichts einzurichten. Er befürchtet, daß wir die Beziehungen zu Sowjetrußland nicht wieder aufgenommen hätten, gleichzeitig forderte er auf, gegen die englische Militärmisson in Berlin einzutreten, die den Kampf gegen Sowjetrußland fördert. Mit diesem Vorschlag aber durchkreuzte Dr. Gohn seine ganze Kritik an der deutschen Außenpolitik, von der er mit Recht klagte, daß sie uns mit der Entente in den jahrschweren Kriegsfall gebracht hat. Herr Rosse wußte mit seiner agitatorischen Witterung diesen Widerpruch heraus, und er stützte sich um so lieber auf ihn, als er sich eben zu einem unangenehmen Rückzugs bequemen musste. Die deutsch-nationale Zeitung, die in der „Deutschen Tageszeitung“ gedruckt worden ist, wurde nicht vom deutsch-nationalen Hauptvorstand befürwortet. Dazu waren die Herrschaften doch zu flug. Sie werden jetzt aus dem Jurium des Reichsministers Kapital schlagen, und die ganze geistige Vaterstadt an der Berlebungsagitation in der Reichswehr legen. Herr Rosse sollte sich einen besseren Nachrichtendienst verschaffen, damit ihm ein solches Maßwerk nicht wieder geschieht. Im übrigen konnte er feststellen, daß das deutsch-nationalen Hauptbüro der Auftraggeber einer anderen Druckerei gemietet ist. Es hat das bekannte Bild von Ebert und Rosse auf Postkarten verbreitfähig lassen. Und da beschwirft sich der leidige Künstler Traub noch über die Karikaturen des III. Ausflugsbüro. Ausflugsbüro beschreibt der Wehrminister die Borgänge im Balkon und polemisierte dabei lebhaft gegen die Unabhängigen.

Der Außenminister Hermann Müller teilte eingangs mit, daß Deutschland sich an der Arbeitserkundung in Washington nur als gleichberechtigter Teilnehmer beteiligen würde. Er wies jede Gemeinschaft mit den gegenüberliegenden Russen zurück. Bemerkenswert war seine Feststellung, daß die Entente nach Absturz des Kaiserreiches zunächst das Verbleiben deutscher Truppen im Balkon verlangt hat. Aus des weiteren Debatte verdient nur noch die Rede des Demokraten v. Richthofen Herkunft, der in frischer Form und mit den Realitäten abrechnete. Persönlich Bemerkungen traten zu der üblichen sozialistischen Parteipolitik über die Novemberevolution aus. Die Debatte ist auch gestern nicht fertig geworden, sie wird heute fortgesetzt.

*

Sitzungsbericht.

Am Regierungsrat: Schiffer, Koch, Gräberger.

Die sozialdemokratische Interpellation über Preissteigerungen infolge Aufzehrung der Zuwangswirtschaft wird später beantwortet werden.

In Fortsetzung der positiven Befreiung erhält anstelle des Abg. Dr. Gohn (o. Soz.)

Abg. Dr. Gohn (o. Soz.):

Die Blattsturz vor dem Reichstaggebäude hat allgemeine Entzündung herverursacht. Die Blätter und die Motoren des Adlers sind noch intakt. Wir warten ab, ob sich das Dantel nicht lösen wird und hüten uns, den Vater oder einer bestimmten Glorie anzuhängen. In den entsprechenden Abendtagen hat David mit den Nationalen Liberalen verhandelt. Lachen bei den Soz. Anzug des Abg. Wels: Aprilbergl! Erdmannen Soz bei Steffensmann West hat damals Wert auf die Feststellung gelegt, daß ihm Prinz Max das Reichslandamt übertragen hat. So begann die Laufbahn dieses unermüdlichen Sozialisten. Er ist der erste sozialistische Reichspräsident und wird auch der letzte sein. (Wurde bei den Soz.) Seine Präsidenschaft wird so lange dauern, wie die Regierungzeit eines Schüttentauschings, und wird auch nicht viel mehr Spuren in der sozialistischen Entwicklung hinterlassen. (Lachen bei den Soz.) Nach wie vor waltet finstros die Militärfürstig mit Erfolg und Schamhaft. Wels verbietet Abgabblätter, die zähne sind als schädliche sozialdemokratische Wahlplakette. Einmal muß der Blattsturz kommen, und dann kommt die Abrechnung.

Der Vatikanromantik ist erst von der deutschen Regierung,

vor dem Abg. Winnig, geschaffen worden. Rosse hat die Un-

wahrheit gesagt, daß nur im Januar und Februar für das Baltikum geworben worden sei. Von Schlesien sogar in Deutschland Verträge mit einer angeblichen westrussischen Regierung

zur Finanzierung von Kriegsunternehmungen. Ich lege das Baltikum dieser Verträge hier nieder. Für politische und militärische Zwecke Westrußlands sollen 300 Millionen aufgenommen werden gegen Verpfändung des gesamten mobilen und immobilen Vermögens dieses noch nicht bestehenden Staates. (Heiterkeit) Ein politischer Schwabegel hat angeblich im Namen des Hauses Romanow-Röm.-Port einen solchen Darlehenvertrag abgeschlossen (Heiterkeit). Die Verhandlungen wurden geführt in der Wohnung des früheren Staatssekretärs Dr. Goltz. Willkür mir in Berlin? Bei telefonischem Anruf meldet sich der Oberst Gustavsohn, der Kriegsminister von Westrußland. (Sturmige Heiterkeit) — Wurz! (Zwangsmimister!) Wie kann die Regierung solche Fettelemente dulden? Es ist ihre schwere Sünde, daß sie keine geordneten Beziehungen zu Russland hergestellt hat.

Reichswehrminister Noske:

Zu dem in der Deuderei der „Deutschen Tagesschaltung“ hergeholteten Pamphlet „Gest und jetzt“ hat mir der Vorsitzende der Deutschnationalen Partei, Staatsminister Körber, heute vorwürflich die bündige Erklärung abgegeben, daß der Vorsitzende seiner Partei keinen Auftrag zur Herstellung des Friedensvertrags erhielt habe. Anfolgedessen entfallen nun mein daraus ausgegangenen Schlußfolgerungen, Dagegen hat der Vorsitzende der Deutschnationalen Partei der „Deutschen Tagesschaltung“ einen anderen Druckauftrag geben, durch welchen belegt wird,

den Reichspräsidenten und mich verächtlich zu machen.

(Hört, hört!) Im Beisei des Oberkommandos Berlin sind bisher 22 Fälle von Schlußfassungen. Diese Verhaftete sind entflohen, darunter zwei mit gefälschten Papieren. Da wir leider noch im Zustand der Revolution leben (Zustand ist der H. Soz. Leiberg!) — sind Sie etwa der Meinung, daß der Revolutionszustand an einer dauernden Einführung in Deutschland werden soll? — so ist die Neuerung gewünscht, sich zur Wehr zu setzen. Die Partei schloß ordnungsgemäß den Auslandshof gegen uns und besonders in militärischen Fragen durch Verbreitung falscher und direkt erlogener Behauptungen. (Klang bei den H. Soz.) Wir brauchen Truppen an der Ostgrenze, dann leider vergrüßt Polen dauernd seine Arme. Oberschlesien, West- und Osteuropa sind solange zu sichern, bis wirlich der Friede besteht.

Die Unabhängigen haben an nationaler Würde festgelegt in letzter Zeit jovei gestellt, doch es kann noch übersehen werden, (Beifall, Beifall, Zustimmung) Ein Franzose, der die Stimmung seines Landes genau kennt, sagt mit dieser Tage, daß man in Frankreich alles glänzend aufnimmt, was der Berliner „Reichsführer“ direkt, und das sein Blatt mit jedem Begegnen von der französischen Chauvinistenpresse studiert werde, wie die „Freiheit“. (Schr. richtig!) Daher kommen die Überredungen hinsichtlich der Sätze unserer Kameraden.

Die Werbungen für die Reichsarmee sind seit 1½ Monaten fast restlos eingestellt. (Appl. Frau Bieck, Frau Braun, Sieg feiert auf dem Standpunkt, daß man über eine Sache nur so beruhren kann, je weniger man von ihr weißt. (Heiterkeit) Wenn die Verlängerung der Frist zur Verhinderung unseres Sores habe ich mit den zahlreichen Ententekonsuln in Berlin noch nicht mindestens verhandeln können. Wenn entgegen dem Verbot Werbungen für das Baltikum bis in die letzte Stunde stattgefunden haben, so berichtet eben auf vielen Gebieten ein großes Maß von Unbeherrschbarkeit. Richtig ist, daß russische Soldaten in Gewahrsam ragen, da die Regierung nicht gewußt hat, diese unverwüstlichen Hände das Volk loszulassen. (Zustimmung) München ist ein abschreckendes Beispiel. (Beifall)

Münchener Minister Müller:

An der Arbeiterversammlung in Washington nehmen wir selbstverständlich nur als gleichberechtigte Teilnehmer teil. Nur der Friedensvertrag besteht jetzt keine Möglichkeit, mit der russischen Volksvertretung Verträge zu schließen. Bei der Beratung der russischen Volksvertretung haben wir auch in absehbarer Zeit keine wirtschaftlichen Vorstellungen vor der Verbundung mit Rusland. In der baltischen Frage habe

Das preußische Eisenbahnenland.

160 Millionen für Eisenbahndiäste.

In der preußischen Landesversammlung wurde gestern die Beratung des Eisenbahnbauhofs fortgesetzt. Der Abg. Dominicus (Dem.) begründete einen Antrag der Demokraten, Sozialdemokraten und des Zentrums auf schleunige Festeigung des Transportwesens durch ein Arbeits- und Prämielenhancement; dadurch soll, unter ausdrücklicher Gewährleistung des gegenwärtigen Wohntarifes, den Eisenbahnen ein Mehrverdienst von dem Gewinn in verhofft werden, der der Eisenbahnenverwaltung aus einer Steigerung des Arbeitsleistung erwächst. Der Abg. Dr. Schmeidling feierte dann den früheren Eisenbahnminister Breitenbach — als treuen Diener seines Herrn und Königs! — Abg. Dr. Gremel (Dem.) dagegen stellte treffend fest, daß früher der Militarismus doch „nicht immer günstig auf das Eisenbahnwesen abgefärbt“ habe. Der Eisenbahnminister Desehrt hält dann wieder eine groß angelegte Rede über die Eisenbahnenfinanzwirtschaft. Dabei teilt er mit, daß der Gehaltbetrag, den im Voranschlag für das Rechnungsjahr 1919 mit 2½ Milliarden in Rechnung gestellt war, sich wahrscheinlich um weitere 64 Millionen steigern werde. Ganz ungewöhnliche Ausgaben erwarteten der Eisenbahnverwaltung aus Entwicklungen für die nächsten Jahre schon auf 160 Millionen aufsummt. Der Minister verzweigt, unter lebhaftem Beifall des Hauses, gegen die Verhüttungsabfuhr der Angestellten und die Dienstställe mit allen Mitteln kraftig durchzugehen. Im weiteren Verlauf der Aussprache vertheidigte sich der Abg. Paul Hoffmann, der als Vertreter der Unabhängigen im Staatshausbauausschuß als „großer Schweiger“ gilt, aber in den Vorfällungen des Hauses von einer wirtschaftlich wiedenden Enttäuschung überzeugt wird, zu der unzählbaren Behauptungen, der Minister habe sich an den „Belästigungen“ des Eisenbahner beteiligt. Minister Desehrt wies den durch nichts begründeten, tatsächlich höchst betriebswidrigen Anspruch mit der Verneinung zurück, daß er offenbar gehoben sei, um „daraufzu“ wirken. Unter anderemem Beifall des ganzen Hauses bezeichnete der Minister es dann als Pflicht der unabhängigen Sozialdemokratie, bei Ablehnung aller für die Beweisung der Transportivereins gemachten Vorschläge, etwas

ih mehreren Soldatenbeschlagnahmen nachgewiesen, daß der mit ihnen abgeschlossene

Eidgenössischer Vertrag ungültig

ist. Wenn behauptet wurde, daß Herr der Goltz zu den Russen übergegangen sei, so ist er nach dem Standpunkt, den ich von ihm gewonnen habe, dieser Tat nicht fähig. Er hat auch erklärt, daß er eine Gegenrevolution für Österreich halten würde. Für seine Abberufung bin ich eingetreten wegen des Märtens, das sein Verhalten beweisen kann. Unter den Soldaten im Baltikum befinden sich zum Teil Abenteurer, die ein Wallensteinisches Lagerleben führen wollen. Der Aufmarsch der baltischen Truppen ist als „Akkulturations“ eine politische Sünderei, die zum Lachen wäre, wenn nicht die Erfüllung des deutschen Volkes davon abhänge. Ihn ist auch ergähzt worden, daß die Entente nichts dagegen hätte, wenn die deutschen Truppen unter russischer Fahne kämpfen würden.

Ich kenne keine westrussische Regierung, und weiß auch nichts davon, was in der Wohnung des früheren Staatssekretärs Goltz geschahen ist. Da weiss jede Gemeinde mit den reaktionären und gegenrevolutionären Kreisen Russlands zurück.

Gehen die deutschen Truppen aus dem Baltikum zurück, so bleibt 17000 Deutsche schwach. Ich habe die Entente aufgefordert, sie zu schützen. Die Preßfreiheit der Deutschen hat viel Schaden angerichtet. Von Goltz merkt man nichts, höchstens von Weingest. (Heiterkeit) Ich hoffe, daß die Truppen bald zu ihrer Pflicht zurückkehren. Es handelt sich hier um eine leichte Wiederauflösung des Militarismus.

Abg. Dr. Kraatz (Deutschland): Eine Regierung muß Autorität haben, aber sie muß sie auch vor dem Feind haben. Wir werden die Waffen von rechts genommen und alles leicht loswerden können. (Schr. richtig! links) Von mehreren Wochen ist bereits entschieden worden, daß unsere Partei nichts mit der Freiheit zu tun hat. (Reichswehrminister Noske: Das steht im Bildungsprogramm mit der Erklärung, die mir jetzt gegeben hat!) Amonite Druckschriften haben bald mit Verbreitung, auch nicht bestellt. Die Postkarte mit dem Bild von Ebert und Rosa ist keine Propaganda. (Noske: Aber eine anonymer Druckschrift!) Wir wünschen eine Freiheit, aber wir wollen keine Presse-Garde. (Beifall) Noske verbietet Noske nicht die „Freie Presse“ mit ihren homogenen Zielen?

Reichswehrminister Noske: Die „Freie Presse“ ist eine einzige Schwäche. Aber der Belagerungszustand gibt nicht das Recht, zu verbieten. Ich bedauere das. Am längsten wünschte ich nicht, daß die Kruppe andauernd zu einem Jäntzelkampf herantrete.

Abg. Fehr. v. Richthofen (Dem.):

Wie finde ich die Regierung eingetragen, weil es eine nationale Revolution ist eine Folge der Niederlage, und diese ist darauf zurückzuführen, daß wir in diesem Kriege falsch geführt wurden, und der Krieg nicht rechtzeitig beendet werden kann. (Schr. richtig! links) Der Demokratie gehört die Zukunft, nur sie darf Verträge mit Russland. Deßhalb müssen wir jede Gemeinschaft mit der Meutte ablehnen. Wir stehen in Opposition zu den Reden, aber auch in Opposition zu den Unabhängigen. Das Ziel unserer auswärtigen Politik ist

eine Revision des Friedensvertrages.

Wir haben aber dringendes Interesse daran, das falsche Bild über Deutschland im Auslande verworfen zu lassen. **Unsere Politik** ist nun dadurch, daß deutsche Truppen in Verbindung mit russischen Truppen kämpfen, die die schärfsten Vertreter der Dr. Goltz es verlangt, mit Sovjetverbündeten in Beziehungen zu treten. Wer jedoch wie kommt, müssen wir wieder zu guten Beziehungen mit dem russischen Staat gelangen. Den Optimismus des Reichsständers teile ich auch. Inner auf dem höchsten Boden der Zivilisation stehende Volk erlangt ein Recht darauf, seine frühere Stellung wieder zu gewinnen. (Beifall).

In einer persönlichen Befragung weist der Abgeordnete Dr. David (Soz.) darauf hin, daß es seine Partei ein Ziel ist, Deßhalb darauf angekommen sei, eine Verständigung mit den Unabhängigen herbeizuführen, um die Gefahr eines blutigen Bürgerkampfes und eines reaktionären Rückfalls abzuwehren. Die Wicht. eine Regierung ohne die Unabhängigen zu bilden, bestand nicht. Doch von den nichtsozialdemokratischen Parteien, auch von den Nationalsozialisten, Herren in der Regierung verbreiteten, damit waren die Vertreter der unabhängigen Partei ebenfalls eins verblieben.

Nach weiteren Bemerkungen Dr. Goltz, Freiherrn v. Richthofen und Dr. David wird die Sitzung abgebrochen.

Freitag, 1 Uhr: Fortsetzung der Beratung.

zahl beträgt 20. Einstimmig gestrichen wurden die Artikel 7 und 8, womit die Abteilungsbetriebsräte gefallen sind.

Wohin soll das führen?

Der verbotene Kaiserfilm. — Zurückweichen vor dem alldutschen Terror.

Der Staatskommissar für die Überwachung der öffentlichen Erziehung, der unzurechnbare Herr v. Bredow, hat das Verbot des Kaiserfilms angeregt, und das Oberkommando hat der Anregung stattgegeben. Grund: Der Film ist geeignet, die Gefühle von Angehörigen einer berathaltigen Volkslichkeit stark zu verleben. In der gegenwärtigen Zeit, die die denkbaren schärfsten Gegensätze zwischen den politischen Parteien gebracht hat, muß aber unter allen Umständen verhindert werden, daß auch noch das Reichspolizeipräsidial zur politischen Kampftätigkeit gemacht wird. Die Folgen einer solchen Entwicklung wären um so bedenklicher, als ja bei der herrschenden Erziehung und gegenwärtigen Erhöhung politische Meinungsverschiedenheiten nicht mehr nur mit rein geistigen Waffen ausgetragen werden. Es kommt mit Sicherheit angenommen werden, daß die Aufführung des Filmmaterials zu politischen Demonstrationen und starlen Meutzen geführt hätte. So war beispielweise schon ein Platz verbreitet worden, das die Studentenschaft auf forderte, mit Faustschlägen und Peilen bewaffnet zu der Erstaufführung zu erscheinen. Ein Anwurf des Films kommt aber nicht in Frage. Die Gründe sind nicht entfernt schärflich. Wohin soll es führen, wenn man aus Furcht vor standeswidrigen Studenten an sich unberechtigte Verbote erläßt? Eine solche Methode kann nur dazu führen, daß alldeutische Schrechhüte schärflich alles und jedes nach ihrem Willen erwingen. Dieses Zurückweichen vor dem alldutschen Terror, diese lächerliche Furcht vor den Weisen und Haushaltsschlüsseln jugendlicher Radikale ist tief bestimmt für die Meinung, die unsere Staatsleute von der Tugend der Republik haben. Das Filmmaterial auf Wilhelm II.“ mag so geschmacklos sein, wie es will, das Verbot enthebt jeder genügenden Bedeutung und sollte so schnell wie möglich aufgehoben werden.

Von der Schieberfront.

Das Rheinisch-Westfälische Schieberbündnis stellt fest, daß einige eingeschworene befohlen waren, einen Ablauf an einen unberechtigten Empfänger abzulefern. Strafrechtlich Unterdrückung ist eingeteilt worden.

Allseitige Verständigung in Saarbrücken.

Saarbrücken, 9. Oktober.

Leber die im Auftrage des Generals Bülow und unter Bürls des Landrats Galen abgeholten Verhandlungen, an denen Vertreter der französischen und der deutschen Behörden sowie Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Angestellte und Beamte teilnahmen, wird eine Bekanntmachung veröffentlicht, die die Grundzüge mittelt, auf die sich die Teilnehmer an den Verhandlungen einigen. Es wird darin bestimmt, daß Schieber mit Aufführung nicht unter einem Jahr bestraft werden sollen. Die Saarwirtschaft wird durchgeführt durch die Schaffung deutscher Wirtschaftskammer mit einer Zentrale in Saarbrücken. Ferner wird angezeigt die Festlegung von Schüppenpreisen und Erzeugungsbörsenpreisen, die ausreichende Belieferung mit Kohle für Industrie und Handel. Deßhalb müssen wir jede Gemeinschaft mit der Meutte ablehnen. Wir stehen in Opposition zu den Reden, aber auch in Opposition zu den Unabhängigen. Das Ziel unserer auswärtigen Politik ist

eine Revision des Friedensvertrages.

Wir haben aber dringendes Interesse daran, das falsche Bild über Deutschland im Auslande verworfen zu lassen. **Unsere Politik** ist nun dadurch, daß deutsche Truppen in Verbindung mit russischen Truppen kämpfen, die die schärfsten Vertreter der Dr. Goltz es verlangt, mit Sovjetverbündeten in Beziehungen zu treten. Wer jedoch wie kommt, müssen wir wieder zu guten Beziehungen mit dem russischen Staat gelangen. Den Optimismus des Reichsständers teile ich auch. Inner auf dem höchsten Boden der Zivilisation stehende Volk erlangt ein Recht darauf, seine frühere Stellung wieder zu gewinnen. (Beifall).

In einer persönlichen Befragung weist der Abgeordnete Dr. David (Soz.) darauf hin, daß es seine Partei ein Ziel ist, Deßhalb darauf angekommen sei, eine Verständigung mit den Unabhängigen herbeizuführen, um die Gefahr eines blutigen Bürgerkampfes und eines reaktionären Rückfalls abzuwehren. Die Wicht. eine Regierung ohne die Unabhängigen zu bilden, bestand nicht. Doch von den nichtsozialdemokratischen Parteien, auch von den Nationalsozialisten, Herren in der Regierung verbreiteten, damit waren die Vertreter der unabhängigen Partei ebenfalls eins verblieben.

Nach weiteren Bemerkungen Dr. Goltz, Freiherrn v. Richthofen und Dr. David wird die Sitzung abgebrochen.

Spaltung im internationalen Bauarbeiterverband.

Austritt der Franzosen.

Amsterdam, 9. Oktober.

Bei der gestrigen leichten Sitzung der internationalen Bauarbeiterkonferenz kam es infolge der Verlegung des Sekretariats von Deutschland nach einem anderen Lande zu Auseinandersetzungen zwischen den deutschen Delegierten und den Delegierten Frankreichs und Belgien. Der Vorsitzende des Konfresses Paeplow erklärte, die von den französischen Delegierten geführte Drohung des Austritts aus der Bauarbeiterinternationale durch keinen Einfluß auf die Abstimmung haben. Der Sitz des Sekretariats habe nichts mit dem Wiederaufbau Nordfrankreichs zu tun. Der Abgeordnete Dannerus trat dafür ein, daß der Sitz des Sekretariats in Deutschland bleibt. Der Antrag des Sekretariats wurde nicht mit dem Wiederaufbau Nordfrankreichs zu tun. Der Abgeordnete Dannerus trat dafür ein, daß der Sitz des Sekretariats in Deutschland bleibt. Der Antrag des Sekretariats nach Holland zu verlegen, wurde durch Abstimmung abgelehnt. Die französischen Delegierten erklärten, daß sie unter diesen Umständen an der Zusammenfassung des Bureaus nicht mitarbeiten könnten. Zum Vorsitzenden des Bureaus wurde Paeplow, zum Sekretär Kaeppler und zum Kassierer Kober (alle drei Deutsche) ernannt.

Wilson „friesl und munter“.

Haag, 9. Oktober.

Der „Nieuwe Courant“ meldet aus Washington, daß der Konservativen Bürgertum, das Wilson geisteckhaft gemacht seien soll, erklärt hat, daß Wilson geisteckhaft und munter ist. Ein wohlsinniges Verhältnis besser sich.

Der amerikanische Minister des Innern teilte bei der industriellen Konferenz mit Präsident Wilson mehrheitlich seine Zustimmung, auf der Konferenz noch vor ihrer Vertragung eine Anprobe zu halten.

Die amerikanische Ausfuhr. Der „Nieuwe Courant“ meldet aus Washington, daß im August dieses Jahres die amerikanische Ausfuhr nach Europa 90 Millionen Dollar und Südamerika und England 24 Millionen Dollar gegen August 1918 zugenommen hat. Amerika allein hat für 30 Millionen Dollar mehr als im August 1918 Oesterreich betragen. Der Ausfuhr nach Deutschland und Oesterreich betrug 14 Millionen Dollar.

Beratungsstelle, Bobraine: Wir führen Politik. Dr. Erich Marx, Berlin-Bommersheim, Groß-Berlin-Schöneberg: Wir führen Politik. Karl Seiter, Berlin-Bommer: Für unsere Politik. Berlin-Zehlendorf: Groß-Berlin-Schöneberg: Wir führen Politik. Georg Steiner, Berlin-Zehlendorf: Wir führen Politik. Paul Graß, Berlin-Schöneberg: Wir führen Politik. Rudolf Maffes, Berlin.

Ostpreußen i. Weißblatt.

